

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/01/2010

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 18.01.2010,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

| | | |
|-------------------------------|---|-----------|
| Beginn öffentlicher Teil | : | 19:30 Uhr |
| Beginn nichtöffentlicher Teil | : | 22:30 Uhr |
| Ende | : | 22:50 Uhr |

Anwesend

Vorsitzender

Herr Hartmut Möller

Stadtverordnete

| | |
|------------------------------|----------------------------|
| Herr Thomas Bellizzi | - beratend - |
| Herr Detlef Levenhagen | |
| Frau Monja Löwer | |
| Frau Susanne Philipp-Richter | |
| Herr Hinrich Schmick | - i. V. f. StV Fleischer - |
| Herr Roland Wilde | |
| Frau Petra Wilmer | |

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

| | |
|------------------------|--|
| Herr Hauke Feldvoss | - KiJuB - |
| Herr Klaus-Peter Trost | - Seniorenbeirat - bis TOP 13 - i. V. f. Herrn Butzek - |

Verwaltung

| | |
|----------------------|-----------------------|
| Frau Ursula Pepper | |
| Frau Kerstin Bath | - bis TOP 11 - |
| Frau Gabriele Fricke | - bis TOP 11 - |
| Herr Horst Kienel | |
| Herr Robert Link | - bis TOP 11 - |
| Frau Meike Niemann | |
| Herr Thomas Reich | |
| Frau Birgit Reuter | - Protokollführerin - |

Abwesend

Stadtverordnete

Herr Andreas Fleischer

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 12/2009 vom 07.12.2009
5. Bericht der Bürgermeisterin
 - 5.1. Turnhalle der Grundschule Am Aalfang
 - Übernahme der Turnhalle gegen Zahlung einer Aufhebungsentschädigung gem. des Vertrages vom 29.06.2009 über die Aufhebung eines Erbbaurechtes -
 - 5.2. Gewässerpflegeverband Ammersbek-Hunau
 - Sachstand zum Heranziehungsverfahren zur Mitgliedschaft und Finanzierung des Verbandes -
 - 5.3. Prüfung des Verwendungsnachweises vom 29.11.2009 über den der SPD-Fraktion in dem Jahr 2008 gewährten Fraktionszuschuss
 - 5.4. Schreiben der VIGA vom 17.01.2001 über die Einrichtung eines 'Runden Tisches' zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept
 - 5.5. Anerkennung durch die Stadtverwaltung Esplugues
 - 5.6. Urlaub von Bürgermeisterin Pepper
6. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 25.01.2010
 - 6.1. Nachrücken einer Stadtverordneten
 - 6.2. Realisierungskonzept Schlosspark Aue Innenstadt
 - 3. Teilprojekt Schlosspark -
 - Bereitstellung von Planungsmitteln -
 - 6.3. Erlass der Haushaltssatzung 2010
 - Beschlussfassung über den Stellenplan -
7. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts (Haushaltssicherungskonzept)

2009/130/1

- | | | |
|-------|---|-------------------|
| 8. | Erlass der Haushaltssatzung 2010 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2010 | 2009/147/1 |
| 9. | Erlass der Haushaltssatzung 2010 für das Haushaltsjahr 2010 - 1. Entwurf des doppischen Haushalts mit Ergebnis - und Finanzhaushalt für 2010 und die Folgejahre 2011 bis 2013 - | 2009/131 |
| 10. | badlantic - Tarifsysteem | 2009/168 |
| 11. | Personalkosten 2009 - Nachträgliche Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen | 2010/001 |
| 12. | Internetauftritt der Stadt und Ratsinformationssystem | |
| 13. | Verschiedenes | |
| 13.1. | Sachstand Städtepartnerschaften | |
| 13.2. | Schneeräumung der neuen Großen Straße | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzender Möller eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

2. Festsetzung der Tagesordnung

Ausschussmitglied Möller erklärt, dass aufgrund des Sachzusammenhanges zunächst der Tagesordnungspunkt „Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes (Haushaltssicherungskonzept)“, anschließend der „Erlass der Haushaltssatzung 2010 für das Haushaltsjahr 2010“ und der „Erlass der Haushaltssatzung 2010 – Beschlussfassung über den Stellenplan 2010 –“, behandelt werden sollten.

Bürgermeisterin Pepper bittet, den nichtöffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt 13 – Bericht der Bürgermeisterin – zu ergänzen.

Da Frau Trube, Geschäftsführerin des badlantic, erkrankt ist, jedoch Diskussionsbedarf besteht, wird von Ausschussmitglied Bellizzi vorgeschlagen, die Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt zunächst zu vertagen und unabhängig hiervon eine erste Beratung durchzuführen.

Ausschussmitglied Wilde beantragt, die Behandlung des Tagesordnungspunktes „Erlass der Haushaltssatzung 2010 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2010 –“ wegen möglicher Namensnennungen bzw. vertraulicher Beratungen in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln, wobei andererseits auf den Regelfall des Öffentlichkeitsgrundsatzes hingewiesen wird bzw. im Bedarfsfall der Ausschluss der Öffentlichkeit im Einzelfall beantragt werden kann.

Anschließend stimmt der Hauptausschuss über den Antrag des Ausschussmitgliedes Wilde auf Behandlung des Tagesordnungspunktes „Erlass der Haushaltssatzung 2010 – Beschlussfassung über den Stellenplan 2010 –“ in nichtöffentlicher Sitzung gem. § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein (GO Schl.-H.) wie folgt ab:

| | |
|-----------------------------|------------------|
| Abstimmungsergebnis: | 4 dafür |
| | 3 dagegen |

Der Antrag ist somit abgelehnt, da die gem. § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 GO Schl.-H. erforderliche Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder für die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung nicht erreicht ist.

Die Tagesordnungspunkte „Bericht der Bürgermeisterin“ (TOP 13) in nichtöffentlicher Sitzung, „Sachstandsbericht zur Umsetzung der Empfehlung aus dem Jahresabschlussbericht 2007 des Rechnungsprüfungsamtes“ (TOP 14)

und „Verschiedenes“ (TOP 15) sollten gem. § 46 Abs. 8 Satz 2 GO in Schl.-H. in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden, da berechtigte Interessen Einzelner bzw. überwiegende Belange des öffentlichen Wohles dieses erfordern.

Der Hauptausschuss stimmt **einstimmig** und damit mit der § 46 Abs. 8 i. V. m. § 35 Abs. 2 GO Schl.-H. erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder der Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung zu.

Im Übrigen stimmt der Hauptausschuss mit der erforderlichen Mehrheit mit wie vor genannten Änderungen der Tagesordnung zu.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen und Anregungen von Einwohnern gestellt.

4. Genehmigung des Protokolls Nr. 12/2009 vom 07.12.2009

Frau Clasen war in der Sitzung des Hauptausschusses Nr. 12/2009 anwesend.

Keine weiteren Einwendungen. Das Protokoll ist somit öffentlich wie nichtöffentlich genehmigt.

5. Bericht der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin gibt im Rahmen ihres Berichtes folgende Angelegenheiten bekannt:

**5.1. Turnhalle der Grundschule Am Aalfang
- Übernahme der Turnhalle gegen Zahlung einer Aufhebungsentschädigung gem. des Vertrages vom 29.06.2009 über die Aufhebung eines Erbbaurechtes -**

Im Jahr 1997 wurde entschieden, die Turnhalle für die Grundschule Am Aalfang nicht selbst zu bauen, sondern durch einen Investor errichten zu lassen. Gleichzeitig verpflichtete sich die Stadt Ahrensburg, die Turnhalle vom Investor – nach Ablauf von 12 Jahren nach Übergabe an die Stadt Ahrensburg – zu erwerben.

Dieser Verpflichtung ist die Stadt Ahrensburg am 29.06.2009 mit Abschluss des Vertrages über die Aufhebung des Erbbaurechtes nachgekommen. Als Entschädigung für die auf dem Erbbaugrundstück vom Investor errichtete Turnhalle nebst dazugehöriger Anlagen hat die Stadt Ahrensburg an diesen einen Betrag in Höhe von 1.106.537,07 € zum 01.02.2010 (eingehend) zu zahlen.

Da der Haushalt für das Jahr 2010 noch nicht beschlossen ist, die Zahlung jedoch zum **1.02.2010** vertraglich fällig ist (eingehend), ist es erforderlich, die Auszahlung des Betrages in Höhe von 1.106.537,07 € jetzt zu veranlassen.

In diesem Zusammenhang wird auf das Protokoll Nr. 01/2009 über die Sitzung des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses vom 05.02.2009 zu TOP 13.5 verwiesen.

5.2. Gewässerpflegeverband Ammersbek-Hunau - Sachstand zum Heranziehungsverfahren zur Mitgliedschaft und Finanzierung des Verbandes -

In ihrer Sitzung am 14.12.2009 hatte die Stadtverordnetenversammlung (vgl. Protokoll Nr. 9/2009; TOP 9) auf Basis der Vorlagen-Nr. 2009/145/1 zwar einer befristeten Ablösung der auf Ahrensburger Grundstücke entfallenden Verbandsbeiträge zugestimmt, gleichzeitig wurde jedoch gebeten zu klären, ob sich die wenig praktikable Zwangsmitgliedschaft der einzelnen Grundeigentümer/innen nicht durch ein Eintreten der Stadt generell vermeiden lasse.

Bekanntlich führt der Kreis Stormarn als Aufsichtsbehörde der Wasser- und Bodenverbände derzeit ein Heranziehungsverfahren für die Grundstückseigentümer im Gebiet des Gewässerpflegeverbandes Ammersbek-Hunnau durch. Da die angeschriebenen Eigentümer/innen der von der Heranziehung betroffenen Grundstücke zahlreiche Fragen in der Öffentlichkeit geäußert hatten und zahlreich Widerspruch eingelegt haben, hat der Kreis am Montag, den 21.12.2009 in Bargteheide eine öffentliche Informationsveranstaltung durchgeführt, an der Vertreter verschiedener mit dem Heranziehungsverfahren befasster Institutionen unter Leitung von Landrat Klaus Plöger teilnahmen.

Im Endeffekt wurde nach einem Gespräch mit den Landesministerien am 18.12.2009 vom Landrat erklärt, dass sämtliche Heranziehungsbescheide Anfang 2010 aufgehoben werden. Anlass war die ermittelte neue Rechtslage, wonach die korporative (nicht dingliche) Mitgliedschaft der vier großen Kommunen Ahrensburg, Ammersbek (seinerzeit Bünningstedt und Hoisbüttel), Bargteheide und Großhansdorf bezogen auf deren zum Zeitpunkt der Verbandsgründung Mitte der 70iger Jahre bestehende Siedlungsgebiete nicht erloschen sein soll.

In den nächsten Wochen soll geklärt werden,

- auf welche Ahrensburger Flächen sich die korporative Mitgliedschaft erstreckt und ob die inzwischen entstandenen Siedlungsflächen oder gar die Außengebiete mit einbezogen werden sollten und könnten,
- ob und inwieweit die dingliche Mitgliedschaft neben den korporativen Mitgliedern noch bestehen bleibt und welche Konsequenzen sich hieraus für die Verbandssatzung und die Entscheidungsprozesse ergeben,
- wie sich der Gewässerpflegeverband refinanziert; etwa Neukalkulation und Struktur der Beiträge.

Ein ursprünglich vom Kreis Stormarn für den 28.01.2010 vorgesehene 2. Informationsveranstaltung in Ahrensburg wurde wegen der angekündigten Aufhebung der Heranziehungsbescheide und der noch zu klärenden rechtlichen Aspekte abgesagt. Klar wird jedoch zunehmend, dass sich die aufgeworfenen Fragen zur Mitgliedschaft in Verbänden nicht nur auf das Hoheitsgebiet des Gewässerpflegeverbandes Ammersbek-Hunnau bezieht, sondern regionale wenn nicht gar landesweite Bedeutung haben.

5.3. Prüfung des Verwendungsnachweises vom 29.11.2009 über den der SPD-Fraktion in dem Jahr 2008 gewährten Fraktionszuschuss

Das RPA teilt mit, dass die Prüfung des Verwendungsnachweises vom 29.11.2009 über den der SPD-Fraktion in dem Jahr 2008 gewährten Fraktionszuschuss keine Beanstandungen ergeben hat.

5.4. Schreiben der VIGA vom 17.01.2001 über die Einrichtung eines 'Runden Tisches' zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept

Bürgermeisterin Pepper berichtet, dass mit Schreiben der VIGA vom 17.01.2010 diese es für sinnvoll erachtet, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, den ISEK-Entwurf im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung (Runder Tisch) zu diskutieren (siehe **Anlage**).

Bürgermeisterin Pepper erklärt, dass folgende Termine für die Behandlung des ISEK vorgesehen sind:

| | |
|----------------------------|----------------------------|
| Umweltausschuss | Mittwoch, 10. Februar 2010 |
| Bau- und Planungsausschuss | Mittwoch, 17. Februar 2010 |

Wenn an diesen Terminen die Fachausschüsse einen Beschluss bzw. eine Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung fassen sollten, wird das ISEK am

Montag, 22. Februar 2010

in der Stadtverordnetenversammlung behandelt.

Wenn noch mehr Beratungsbedarf im Bau- und Planungsausschuss und/oder Umweltausschuss besteht, werden folgende Termine angeboten:

| | |
|-----------------------------|-------------------------|
| Umweltausschuss | Mittwoch, 03. März 2010 |
| Bau- und Planungsausschuss | Mittwoch, 10. März 2010 |
| Stadtverordnetenversammlung | Montag, 22. März 2010 |

Im April könnte dann die öffentliche Präsentation des ISEK stattfinden.

Das Vorgehen zur Erarbeitung und Behandlung des ISEK sowie die Bürgerbeteiligung wurden im Vorfeld des Prozesses mit der Politik abgestimmt (Hauptausschuss am 01.10.2007 / s. Anlagen). Demnach ist die öffentliche Information über das ISEK nach dem Beschluss der Selbstverwaltung vorgesehen.

5.5. Anerkennung durch die Stadtverwaltung Esplugues

Mit Schreiben vom 20.11.2009 drückt die Stadtverwaltung von Esplugues in Bezug auf den 20. Jahrestag des Mauerfalles in Berlin ihre Verbundenheit mit den jetzt begangenen Feierlichkeiten aus. Sie drückt ihre Anerkennung gegenüber dem Beispiel für Zusammenhalt der Bürger und Verteidigung der Freiheiten, welche zur Wiedervereinigung einer Stadt, einer Gesellschaft und eines Landes geführt haben, aus. Dieses Schreiben als auch die deutsche Übersetzung sind als **Anlage** diesem Protokoll beigelegt.

5.6. Urlaub von Bürgermeisterin Pepper

Bürgermeisterin Pepper erklärt, dass sie in der Zeit vom 13. bis 28. Februar 2010 ortsabwesend ist und Frau Philipp-Richter sie vertreten wird.

6. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 25.01.2010

6.1. Nachrücker einer Stadtverordneten

Die Verwaltung berichtet, dass gem. § 44 Abs. 1 und 3 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz Frau Martina Strunk, Manhagener Allee 21, 22926 Ahrensburg, nach dem Listenvorschlag der CDU als nächster Bewerber festgestellt wird. Der unmittelbar auf Herrn Schade folgende Listenbewerber hat die Annahme der Wahl abgelehnt. Frau Strunk gehört der CDU seit der Gemeindevahl ununterbrochen an. Sie hat schriftlich erklärt, dass sie die Wahl annimmt (siehe auch Vorlagen-Nr. 2010/002)

6.2. Realisierungskonzept Schlosspark Aue Innenstadt
- 3. Teilprojekt Schlosspark -
- Bereitstellung von Planungsmitteln -

Bürgermeisterin Pepper erläutert, dass sie Planungsmittel für die Realisierung des Schlossparks Innenstadt – 3. Teilprojekt – in Höhe von 50.000 € benötigt, um rechtzeitig die Förderanträge für die geplanten Teilflächen bzw. Bauabschnitte des Schlossparks zu erstellen, damit fristgerecht die Anträge bis Ende März/ Anfang April 2010 eingereicht werden können. Die Bereitstellung der Mittel vor einer Verabschiedung des Haushaltes 2010 stehen jedoch entsprechend einem Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes nicht im Einklang mit der vorläufigen Haushaltsführung gem. § 95 c GO.

Die Bereitstellung der entsprechenden Planungsmittel in der Stadtverordnetenversammlung mit einem Beschluss über den Haushalt am 22. Februar 2010 reicht nicht aus, um für März/ April 2010 die Unterlagen rechtzeitig zu erstellen.

Stadtverordneter Wilde bittet um eine entsprechende Stellungnahme für die Stadtverordnetenversammlung am 25.01.2010.

Anmerkung der Verwaltung

Die Förderstellen des Innen- und Wirtschaftsministeriums haben eine Fristverlängerung für die Einreichung der Anträge bis Mai 2010 gewährt. Dadurch muss die Entscheidung über die Vorlage nach Beschlussfassung über die Haushaltssatzung 2010 im Februar dieses Jahres getroffen werden bzw. wird dann durch den Haushalt 2010 ggf. bereits getroffen.

6.3. Erlass der Haushaltssatzung 2010
- Beschlussfassung über den Stellenplan -

Stadtverordneter Bellizzi wird die Absetzung des Stellenplanes aufgrund der engen Verzahnung mit dem Erlass der Haushaltssatzung 2010 für das Haushaltsjahr 2010 beantragen.

7. Vorschläge über Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts (Haushaltssicherungskonzept)

Die Verwaltung überprüfte die einzelnen in der Anlage 1 aufgeführten Positionen über Vorschläge der Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts, die auf den Hauptausschuss entfallen. Insbesondere wird auf folgende Vorschläge näher eingegangen:

Zur lfd. Nr. 7 „Erhebung von Gebühren und Entgelten für Einsatz und Leistung der öffentlichen Feuerwehr nach § 29 Abs. 2 BrSchG“ erklärt die Verwaltung, dass die Grundsätze der Gebührenkalkulation in diesem Jahr überprüft werden, zumal eine Musterregelung auf Landesebene erwartet wird. Höhere Gebühreneinnahmen sind jedoch nicht zu erwarten.

Zu Punkt 4, Seite 12, „Zusammenarbeit der Kreise in einzelnen Arbeitsbereichen“ – wie z. B. im Bereich der Rechnungsprüfung – wird keine Zusammenarbeit mit anderen Städten befürwortet. In der Vergangenheit gab es eine Zusammenarbeit mit der Stadt Bad Oldesloe im Bereich der technischen Prüfung. Die technische Prüferin der Stadt Ahrensburg (Teilzeit, 27 Stunden) hat diesbezüglich derzeit keine freien Kapazitäten. Die Leiterin des Rechnungsprüfungsamtes, Frau Niemann, erklärt, dass die Stadt gem. § 114 GO verpflichtet ist, ein Rechnungsprüfungsamt einzurichten und personell so auszustatten, dass die Pflichtaufgaben zu erfüllt werden können. Unabhängig ist es – wie bereits in der Vergangenheit erfolgt – zulässig, gemeinsam mit anderen Gemeinden Mitarbeiter für Prüfungsaufgaben einzusetzen.

Punkt 38, Seite 18, entfällt, da für den Bereich der Stadtentwässerung keine Umsatzsteuerpflicht mehr eingeführt werden soll.

Auf den Vorschlag des Herrn Feldvoss vom Seniorenbeirat, die Software-Lizenzkosten durch Umsteigen auf Opensource-Produkte zu reduzieren, wird auf die Sitzung des Hauptausschusses am 07.12.2009, TOP 8, mit dem Hinweis, dass der Schulungsaufwand enorm wäre und die Schnittstellen zu den Fachvorhaben nicht vorhanden sind, zurückgewiesen.

Die Mitglieder des Hauptausschusses haben die Vorschläge der Verwaltung zur Kenntnis genommen.

**9. Erlass der Haushaltssatzung 2010 für das Haushaltsjahr 2010
- 1. Entwurf des doppischen Haushalts mit Ergebnis - und Finanzhaus-
halt für 2010 und die Folgejahre 2011 bis 2013 -**

Die Verwaltung nimmt neben der Vorlage 2009/131 insbesondere Bezug auf den 1. Entwurf des Haushalts 2010. Die Beratung des Hauptausschusses erfolgt zunächst anhand des Teilergebnishaushaltes, wo insbesondere auf folgende Positionen hingewiesen wird.

PSK 5431000 (Seite 1) / Allgemeine Geschäftsaufwendungen

Auf Nachfrage berichtet die Verwaltung, dass der Ansatz 2009 bedingt durch die Bekanntmachungskosten Bürgermeister zum Jahr 2010 wesentlich differiert.

PSK 4485000 (Seite 6) / Erträge aus Kostenerstattungen

Auf Anfrage teilt die Verwaltung mit, dass es sich um Kostenerstattungen der GAG handelt.

PSK 5251000 (Seite 6) / Haltung von Fahrzeugen

In diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen, eine Vergleichsberechnung zwischen Ankauf oder Leasing von Fahrzeugen vorzunehmen.

PSK 5431000 (Seite 7) / Allgemeine Geschäftsaufwendungen

Ein Ausschussmitglied bittet um Klärung der Kosten von 2009 in Höhe von 148.800 € auf 185.000 € im Jahr 2010.

Anmerkung der Verwaltung

Das Büromaterial wird zentral für die gesamte Verwaltung beschafft und den Fachdiensten in Rechnung gestellt. Diese Zahlungsvorgänge wurden in der Kameralistik durch Absetzungen bei der Ausgabe verbucht. Das ist nun nicht mehr zulässig (siehe Position 11115.4488000). Im Saldo hat sich der Ansatz zu 2009 nur geringfügig geändert.

**PSK 5271000 (Seite 8) / Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen/
besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen**

Ein Ausschussmitglied bittet um Auskunft, weshalb die besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen sich um 200 € von 2009 auf 2010 erhöht haben.

Anmerkung der Verwaltung

Verschiebung von Aufwendungen zwischen den Konten 5271000 und 5431000. Im Saldo sinkt der Planansatz.

**PSK 5431010 (Seite 12) / Spezielle Geschäftsaufwendungen für Bauleit-
planung und Sachverständige**

Im Hinblick auf die Reduzierung des Stadtmarketingkonzeptes von 52.000 € (40.000 € Plan und 12.000 € Rest aus Vorjahr) in 2009 auf 10.000 € in 2010

mit einer von der Verwaltung vorgeschlagenen Überprüfung des Konzeptes wird von mehreren Ausschussmitgliedern die Auffassung vertreten, dass die 52.000 € weiterhin zur Verfügung gestellt werden sollten, jedoch unter der Bedingung eines Sperrvermerkes mit der Freigabe der Mittel mit Einstellung eines City-Managers (siehe Beratung Stellenplan, Sitzung des HA am 18.01.2010).

Anmerkung der Verwaltung

In der Vergangenheit wurden jährlich rd. 40.000 € zur Verfügung gestellt. In 2009 wurde der Ansatz um die Mittel, die 2008 nicht verbraucht wurden, aufgestockt.

PSK 5421000 bis 5441000 (Seite 29) / Wahlen/ sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den Haushaltsmitteln in Höhe von 164.300 € im Jahr 2009 handelt es sich um Wahlkosten für alle in 2009 durchgeführten Wahlen. In 2010 werden lediglich Versicherungsleistungen nachträglich mit dem KSA abgerechnet.

Position 16 (Seite 33) / Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die Erhöhung von 19.500 € auf 27.300 € im Jahr 2010 ergibt aus der Verschiebung von Haushaltsmitteln zwischen Position 5431000 und 5291000.

Produkt 12600 (Seite 36) / Brandschutz

Die verschiedenen Investitionen sind auf Seite 36 unter Bemerkungen Investitionen aufgeführt. Für 2010 ist der Umbau der Funkzentrale, die Erneuerung der Ölabscheider in den Gebäuden am Weinberg, Ahrensfelde und Wulfsdorf sowie die Erneuerung der Tore für Fahrzeughallen als auch die Neubeschaffung einer Drehleiter vorgesehen. Das im Jahr 1989 erworbene Fahrzeug mit Drehleiter ist abgängig.

Anschließend werden die Investitionen im Teil Finanzhaushalt (grüne Blätter ab Seite 28) erörtert.

Produkt 11115 (Seite 28) / Zentrale Dienste

Auf Anfrage wird darauf hingewiesen, dass neue Kopierer regelmäßig erst erworben werden, wenn die Abschreibungszeit überschritten ist.

PSK 11155.0700000 (Seite 29) / Beschaffung eines mobilen Notstromaggregates

Ein Ausschussmitglied bittet um ein Anforderungsprofil bzw. entsprechende Leistungsdaten.

Anmerkung der Verwaltung

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 26.05.2009 (FINA 04/2009) letztmalig das Thema behandelt und die Mittel für den Kauf 2009 zunächst bereitgestellt. Später wurden die Mittel wegen der sich mindernden Einnahmen wieder aus dem Nachtragshaushalt gestrichen. Dennoch besteht weiterhin Bedarf.

Anforderungsprofil:

| | |
|------------------|--|
| Antrieb: | Dieselstromversorgungsaggregat |
| Leistungsfaktor: | 0,8 |
| Leistung: | 100kVA / 80 kW |
| Spannung: | 230 / 400V |
| Frequenz: | 50 Hz |
| Drehzahl: | 1.500 U / min |
| Ausführungsart: | fahrbar im Umbaugehäuse, auf 1-Achs-Tandemfahrgestell mit Auflauf- und Feststellbremse |

Das sind die groben technischen Rahmenbedingungen. Dieses fahrbare Gerät kann - untergestellt bei der Freiwilligen Feuerwehr Am Weinberg – innerhalb von weniger als 15 Minuten von der FF vor dem Rathaus aufgebaut und in Betrieb genommen werden, sodass die Stadt Ahrensburg der Verantwortung aus den §§ 8 und 39 des Landeskatastrophengesetz und der für den Verteidigungsfall aus § 5 Zivilschutzgesetz jederzeit nachkommen kann.

Hingewiesen wurde auch darauf, dass in einem Katastrophenfall die beim THW vorhandenen Geräte vermutlich an anderen Stellen benötigt werden.

Der Tagesordnungspunkt wird zwecks Beratung in den Fraktionen zunächst vertagt.

10. badlantic - Tarifsysteem

Einerseits wird kritisiert, dass die Prüfung der grundsätzlichen Konzeption des Bades im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit Vertretern der Fraktionen und der Geschäftsführung noch nicht erfolgt ist, da die Festlegung eines Tarifsystems abhängig von der jeweiligen Struktur des Bades sei. Andererseits handele es sich um eine langfristige Prüfung, sodass derzeit die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Defizitreduzierung um ca. 77.000 € von mehreren Ausschussmitgliedern befürwortet werden.

Unabhängig von dem Beschluss über das Tarifsysteem sollte jedoch unverzüglich eine Arbeitsgruppe zur Feststellung der weiteren Konzeption des badlantic eingerichtet werden.

Nach Diskussion über die Tarifstruktur wird – da die Geschäftsführerin, Frau Trube, aufgrund von Krankheit nicht anwesend sein kann - dieser Tagesordnungspunkt vertagt.

11. Personalkosten 2009
- Nachträgliche Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen

Die Verwaltung berichtet, dass die VBL für das Ausscheiden aus der Beteiligung des Schlossvereines im Rahmen der Gründung der Stiftung Schloss Ahrensburg eine Gegenwertzahlung gem. § 23 Abs. 2 VBL Satzung gefordert hat. Wegen Unvorhersehbarkeit konnten diese Kosten bei der Haushaltsplanung 2009 nicht berücksichtigt werden. Zum Zeitpunkt der Fälligkeit wurde davon ausgegangen, dass diese innerhalb der Deckungskreise aufgefangen werden konnten. Das gleiche gilt für Beiträge zu Versorgungskassen über zwei Nachzahlungen an die VBL für 2007 und 2008 über insgesamt 85.627,70 €.

Die Verwaltung wird einen Hinweis des Rechnungsprüfungsamtes zum erstgenannten Punkt aufgreifen und eine Kostenerstattung durch die Schlossstiftung als Rechtsnachfolgerin des Schlossvereines prüfen. Der Sachverhalt wird dem Hauptausschuss im Rahmen einer Vorlage zur Kenntnis gegeben.

Der Hauptausschuss stimmt anschließend dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

6 dafür
1 Enthaltung

12. Internetauftritt der Stadt und Ratsinformationssystem

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird vorgeschlagen, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen. Auf Anfrage wird erklärt, dass ein Controlling stattfindet, aber auch die aktualisierten Daten möglichst zeitnah eingearbeitet werden. Das komplette Ausfallen der Suchseiten im Internet in der vergangenen Woche ist auf eine Störung des Webservers zurückzuführen.

Eine Terminplanung sämtlicher Ausschüsse über drei Monate und länger ist zwar in Session realisierbar. Sollte jedoch im Nachhinein die Sitzung dann nicht mehr stattfinden, findet alledem eine fortlaufende Nummerierung statt.

Ausschussmitglied Löwer bittet um Auskunft, ob die Schriften im Ratsinformationssystem vergrößert werden können.

Anmerkung der Verwaltung

Das ist möglich. Jedoch muss eine einheitliche Schriftart für das Programm Ratsinformationssystem von den Stadtverordneten abgestimmt werden und wird dann von Somacos eingearbeitet.

Weiterhin wird erklärt, dass bei Eingabe von Gebühren für Kindergärten keine entsprechenden Beschlüsse unter Recherche aufgeführt werden.

Anmerkung der Verwaltung

Die Recherche bedient sich des Betreffs der jeweiligen Vorlage. Dabei wird geprüft, ob die Vorlage in Session bereits freigegeben worden ist. Nicht freigegebene Vorlagen sind nicht zu finden.

Gewünscht wird außerdem eine fortlaufende Aufstellung sämtlicher Vorlagen in tabellarischer Darstellung mit den jeweiligen Beschlüssen.

Anmerkung der Verwaltung

Dieses muss über eine Produkthanforderung bei Somacos erfolgen. Somacos wird dieses prüfen und entweder zustimmen und in der nächsten Version einarbeiten oder eine Ablehnung erteilen. Die Produkthanforderung ist kostenlos und nicht als Auftrag anzusehen.

Zur **eigenständigen Änderung des Passwortes durch die Stadtverordneten** wird ausgeführt, dass dieses durch die Stadtverordneten nicht möglich ist, da diese Voraussetzungen durch das Programm Session zurzeit nicht vorliegen. Es besteht jedoch auch hier die Möglichkeit, eine entsprechende Produkthanforderung an die Firma Somacos zu stellen.

Darüber hinaus werden zukünftig nicht nur die Dokumente der Stadtverordnetenversammlung und des Hauptausschusses – wie Einladung, die dazugehörigen Vorlagen und Anlagen und die dazugehörige Niederschrift -, sondern auch die Dokumente der weiteren Ausschüsse in einer Datei auch zur Verwaltungsvereinfachung für die Stadtverordneten zusammengefasst.

Die Anlagen zu den verschiedenen Vorlagen sind auffindbar, indem z. B. in der Einladung die jeweilige Vorlagennummer angeklickt wird (siehe **Anlage**).

Anmerkung der Verwaltung

Am 09. Februar um 19:00 Uhr wird in der Kantine eine Schulung Ratsinformationssystem stattfinden.

13. Verschiedenes

13.1. Sachstand Städtepartnerschaften

Ausschussmitglied Löwer bittet um Auskunft über die zukünftigen Planungen in Städtepartnerschaften.

Anmerkung der Verwaltung

Zurzeit erfolgen noch Abstimmungen. Wenn diese abgeschlossen sind, erfolgt eine Unterrichtung des Hausausschusses.

13.2. Schneeräumung der neuen Großen Straße

Auf Anfrage, warum die neue Große Straße nicht vom Schnee geräumt worden ist, berichtet die Verwaltung, dass die Fahrbahn im B-Gebiet liegt und nicht erste Priorität bei der Räumung hat. Problematisch sind die geparkten Fahrzeuge im Rahmen der Schneeräumung. Der Gehweg kann maschinell noch nicht geschoben werden, da sich das Pflaster noch nicht gesetzt hat. Die Verbindungswege sind teilweise wassergebunden und deshalb problematisch für die Schneeräumung. Diese sind schnell festgefroren und können dann nur noch gestreut werden. Die offiziellen Übergänge im Stadtgebiet - Gehweg, Fahrbahn – sind frei geräumt. Im Übrigen ist es jedoch nicht machbar, die vorhandenen Schneemassen abzufahren.

gez. Hartmut Möller
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführer